

Schenk, Karl-Ernst

Article — Digitized Version

Marktwirtschaft ohne Privateigentum am Produktivvermögen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schenk, Karl-Ernst (1972) : Marktwirtschaft ohne Privateigentum am Produktivvermögen?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 10, pp. 540-546

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134459>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Marktwirtschaft ohne Privateigentum am Produktivvermögen?

Karl-Ernst Schenk, Münster

Auf der Suche nach einem dritten Weg zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und der Wirtschaftslenkung sowjetischer Prägung versuchen vor allem Reformsozialisten eine Konzeption zu entwickeln, durch die marktwirtschaftliche Elemente mit gesellschaftlichem Eigentum am Produktivvermögen kombiniert werden sollen. Könnten wir damit eine Verbesserung unserer jetzigen Situation erzielen?

Der Begriff der sozialen Marktwirtschaft hat sich für die wirtschaftliche Ordnungskonzeption eingebürgert, die seit der Währungsreform von 1948 in der Bundesrepublik Deutschland maßgebend ist. Der Schöpfer des Begriffs, Alfred Müller-Armack, sieht den Sinn dieser Konzeption darin, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“¹⁾. Die soziale Marktwirtschaft verdankt ihre Entstehung den praktischen Erfahrungen und kritischen Auseinandersetzungen mit der mehr und mehr versagenden Wirtschaftslenkung der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Versagt hatte die Wirtschaftslenkung jener Zeit insbesondere im Hinblick auf die Aufgabe, die Produktivität ständig zu erhöhen, um mit dem erhöhten Sozialprodukt eine Politik der Einkommensumverteilung durchzuführen. Dabei wäre solch eine Politik der Einkommensumverteilung am besten als erweiterte Form der Sozialpolitik zu kennzeichnen, weil sie sich nicht nur im traditionellen Sinne auf die Arbeiter und Angestellten bezog, die ein geringes Einkommen haben. Ebenso stark wurde jedoch das Versagen der Wirtschaftslenkung bei der Aufgabe hervorgehoben, dem Menschen als Verbraucher, als Arbeitnehmer und als Unternehmer einen Freiraum wirtschaft-

licher Gestaltung nach eigenem Ermessen zu belassen. In der sozialen Marktwirtschaft, so meinen und meinen ihre Befürworter bis heute, könnte der soziale Fortschritt größer als bei Wirtschaftslenkung sein, und er könne überdies durch Maßnahmen gesichert werden, die weder störend in den Marktmechanismus eingreifen noch ihn be- seitigen.

Suche nach einem dritten Weg

Gerade dies wird nun neuerdings von Sozialisten in Zweifel gezogen, die in der CSSR jahrzehntlang Erfahrungen mit der Wirtschaftslenkung sowjetischen Typs sammelten und seit 1965 über eine neue Konzeption eines Marktsozialismus zur Reform der tschechoslowakischen Wirtschaft nachdachten²⁾. Ihre Reformkonzeption scheiterte bekanntlich an der Intervention anderer Ostblockstaaten, und sie muß heute aus der Emigration vertreten werden.

Der Hauptangriff der Reformsozialisten richtet sich gegen die Wirtschaftslenkung sowjetischen Typs, die als bürokratisch, schwerfällig und ineffizient bezeichnet wird. Sie könne nicht einmal den sozialen Fortschritt gewährleisten, der in der Marktwirtschaft westlicher Länder möglich ist. Aber auch die Marktwirtschaft ist nach Ansicht der Reformsozialisten in Gefahr, nicht mehr die Kapitalentwicklung hervorbringen zu können, die die Zukunft im Interesse des sozialen Fortschritts nötig ist.

¹⁾ Vgl. A. Müller-Armack: Art.: „Soziale Marktwirtschaft“. In: HdSW, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 390.

Prof. Dr. Karl-Ernst Schenk, 41, ist Professor für Volkswirtschaft im Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Abteilungsleiter im Institut für Genossenschaftswesen der Universität Münster.

²⁾ Vgl. Radovan Richta und Kollektiv: Technischer Fortschritt und industrielle Gesellschaft. Frankfurt (M.) 1972; Ota Šik: Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft. Zürich 1971; R. Selucký: Reformmodell CSSR. — Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft oder Gefahr für die Volkdemokratie? Hamburg 1969.

Diese Gefahr der unzureichenden Kapitalentwicklung klingt auch bei Helge Pross an, die gleichzeitig die Frage nach einer ordnungspolitischen Alternative stellt: „Wenn es gelänge, Formen der Kapitalbeteiligung zu finden, die den Beschäftigten den Zusammenhang von eigenem Mehreinkommen und eigener Initiative durchsichtig mache, so würde der Kreis der an Neuerungen direkt Interessierten sich vergrößern und die heute weitgehend brachliegende wirtschaftliche Phantasie der Eigentumslosen den Unternehmen, das heißt: sowohl seinen (neuen) Eigentümern als auch der Gesamtwirtschaft zugute kommen.“³⁾

Miteigentum der Arbeitnehmer

Um dies zu erreichen, wollen die Reformsozialisten über die soziale Marktwirtschaft hinausgehen und zum Miteigentum der Arbeitnehmer am Unternehmen (Šik) oder zum gesellschaftlichen Eigentum am Produktivvermögen mit praktisch unbeschränkter Verfügungsgewalt der Belegschaft (Selucky) übergehen. Sie erwarten, daß die Mitarbeiter durch das Miteigentum am Unternehmen oder durch die praktische Verfügungsgewalt über das Produktivvermögen motiviert werden, an der Kapitalentwicklung mitzuarbeiten und sie über den Umfang voranzutreiben, der im sowjetischen System des Staatseigentums oder im marktwirtschaftlichen System des Privateigentums möglich ist. Mit ihrer These finden sie auch in westlichen Ländern viele Anhänger.

Diese These ist insbesondere deshalb interessant, weil die Sozialisten bisher regelmäßig das Eigentum als Hebel zu einer gerechteren Vermögensverteilung in den Vordergrund stellten, seine Funktion als Hebel zu einer größeren wirtschaftlichen Leistung jedoch stets vernachlässigten. Diese einseitige Würdigung des Eigentums, von liberalen und neoliberalen Theoretikern wiederholt gerügt, gehörte sozusagen zum dogmatischen Kern der sozialistischen Lehre. Offenbar wird sie nunmehr von den Befürwortern eines dritten Weges jenseits von sozialer Marktwirtschaft und der Wirtschaftslenkung sowjetischen Typs aufgegeben.

Unterschied zum jugoslawischen Modell

Zugleich wird hier eine neue, diesmal sozialistische Variante der Konvergenzthese vorgelegt. Der dritte Weg – so wird behauptet – sei optimal und den bestehenden Wirtschaftsordnungen überlegen. Er wird die größte Anziehungskraft haben und somit aufgrund allmählicher Einsicht und Unterstützung aller vernünftigen Menschen der Weg der Zukunft sein.

Durch das unmittelbare Eigentümerrecht bzw. die unbeschränkte Verfügungsgewalt der Mitarbeiter über das Produktivvermögen unterscheidet sich dieser Weg von demjenigen, der in Jugoslawien

beschritten wurde. Dort ist die Gesellschaft Eigentümer und verzichtet zugunsten der Belegschaft auf einen Teil ihrer Rechte, aber beileibe nicht auf alle. Interessanterweise behält sich die Gesellschaft, vertreten durch die kommunalen Behörden, insbesondere das Recht vor, das Verhältnis zwischen Gewinnausschüttung an die Mitarbeiter und Erweiterung des arbeitenden Produktivvermögens so zu regeln, daß die Kapitalentwicklung gesichert ist⁴⁾.

Die sich hierin offenbarende Skepsis des jugoslawischen Gesetzgebers sollte uns veranlassen, gegenüber den behaupteten positiven Wirkungen des direkten Miteigentums auf die Kapitalentwicklung nicht minder skeptisch zu sein. Die Reformsozialisten nehmen in ihrer Konzeption eines dritten Weges offenbar keine Kenntnis von den jugoslawischen Erfahrungen. Es besteht der Verdacht, daß sie uns nicht zu einem besseren Verständnis der wirtschaftlichen Institutionen verhelfen, sondern in diesem Punkt auf eine vorjugoslawische Erkenntnisstufe zurückversetzen. Das wäre dann allerdings nur eine neue Strategie zur Verteidigung eines alten dogmatischen Standpunktes.

Merkmale der reformsozialistischen Konzeption

Im folgenden werden die einzelnen Merkmale der reformsozialistischen Konzeption kurz dargestellt. Bei der anschließenden Erörterung wird insbesondere die angeblich mangelhafte Kapitalentwicklung in der sozialen Marktwirtschaft und der Šiksche Vorschlag behandelt, diesem Mangel mit der Abschaffung des privaten Eigentums am Produktivvermögen zugunsten des kollektiven Arbeitnehmereigentums abzuwehren. Auf eine gesonderte Diskussion der Vorstellungen von Selucky wird verzichtet, weil sie sich nur in Nuancen von denjenigen von Šik unterscheiden.

Nach den Vorstellungen von Šik soll *erstens* die Wirtschaftsordnung demokratisch organisiert sein. *Zweitens* soll das gesellschaftliche Gesamtinteresse – wenn nötig auch gegen die partikuläre Interessenpolitik der Betriebe – durch eine makroökonomische Variantenplanung gesichert werden. Diese Planung soll für Wachstum und Stabilität sorgen und zugleich wesentliche strukturelle Änderungen berücksichtigen, über die auf demokratischem Wege beschlossen wird. Sie soll weiter den demokratischen Organen die Möglichkeit geben, die Variante auszuwählen, die ihren Zielen adäquat ist.

Die damit angeschnittene Frage, ob Planung dieses Typs – auch wenn sie nur einen orientieren-

³⁾ Vgl. H. Pross: Mitbestimmung und Privateigentum. In: Sozialpolitik und persönliche Existenz, hrsg. von A. Blind, Chr. v. Ferber, H.-J. Krupp, Berlin 1969, S. 236.

⁴⁾ Vgl. H. Roggemann: Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, Frankfurt/M. 1970, S. 187.

den Charakter haben soll – nicht bereits die Entscheidungsfreiheit demokratischer Entscheidungsorgane auf unerträgliche Weise einengt, wäre sicherlich einer ausführlichen Diskussion wert. Sie muß hier jedoch ausgeklammert werden.

Drittens besinnen sich die Reformsozialisten auf die bereits von Adam Smith hervorgehobenen Eigenschaften des Wettbewerbsmarktes, und zwar insbesondere auf diejenige, dem Produzenten selbst die Mühen und Kosten der Vermarktung seiner Erzeugnisse anzulasten. Im System sowjetischen Typs werden diese Mühen und Kosten von den Produzenten bekanntlich auf die Abnehmer und Konsumenten abgeschoben. Dadurch kommt es zu einer ungenügenden Abstimmung der Produktion mit den Wünschen der Verbraucher; vor allem hierauf beruht die Kritik am unsozialen Charakter dieses Systems. Im reformsozialistischen Konzept soll der Markt demgegenüber eine zentrale Rolle spielen und von der Planung ergänzt, nicht jedoch ersetzt werden. Der als segensreich angesehene Wettbewerb soll durch eine staatliche Antimonopolpolitik gewährleistet werden.

Viertens soll der Interessengegensatz zwischen zwei gesellschaftlichen Gruppen, von denen eine ausschließlich am Wachstum des Kapitals und die andere ausschließlich am Wachstum des Lohnes interessiert ist, durch ein betriebliches Miteigentum überwunden werden. Diese Forderung richtet sich vornehmlich an die westlichen Länder. Es sollen aber auch die Mitarbeiter in den Ländern, in denen zur Zeit das Staatseigentum maßgebend ist, nach der geforderten Reform stärker motiviert werden, an der Lohn- und Kapitalentwicklung mitzuarbeiten. Auf das Ziel einer verbreiterten Basis der Verantwortung für die Kapitalentwicklung wird bei der Reform entscheidender Wert gelegt.

Ungenügende Kapitalentwicklung in der Marktwirtschaft?

Der Vorwurf einer ungenügenden Kapitalentwicklung, der gegenüber der kapitalistischen Marktwirtschaft erhoben wird, klingt aus der Feder eines Marxisten einigermaßen überraschend. Marx und Engels haben nämlich im kommunistischen Manifest⁵⁾ die Fähigkeit des Kapitalismus zur Revolutionierung der Produktionsinstrumente gepriesen und ihm auch an anderen Stellen die Fähigkeit zur Einführung neuer Technik bescheinigt, und zwar gerade weil die Kapitalisten bei der Kapitalentwicklung autonom, d. h. ohne die geringste Rücksichtnahme auf die davon betroffenen Arbeiter verfahren könnten⁶⁾.

⁵⁾ Vgl. Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 465 ff.

⁶⁾ Ebenda, S. 468 f.

Der Kapitalismus müßte also inzwischen innovations- und akkumulationsmüde geworden sein. Šik bemüht sich, eine solche Tendenz zu belegen, indem er zum Teil Argumente der Theoretiker der modernen Industriegesellschaft⁷⁾ benutzt: Die auf Akkumulation bedachten Kapitalisten üben immer weniger Einfluß auf die Produktion aus. Um so stärker ist dafür der Einfluß der Manager, die allerdings gegenüber den Arbeitern, die bei anhaltender Vollbeschäftigung an einer Akkumulation desinteressiert sind, eine kompromißbereite Haltung einnehmen.

Eine Zwischenposition nehmen die Staatsfunktionäre ein, die unter dem politischen Druck beider Seiten stehen und die sich infolgedessen nicht klar für die Förderung der Kapitalentwicklung entscheiden können. Und schließlich wird es zunehmend schwieriger und zeitraubender, technische Verbesserungsmöglichkeiten zu entdecken.

Überzeugen können diese Gründe offenbar nicht einmal Šik selbst. Denn an anderer Stelle wird das Zurückbleiben der Volkswirtschaften mit einer Wirtschaftsordnung sowjetischen Typs im Hinblick auf die Kapitalentwicklung kritisiert und die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung gelobt⁸⁾.

Es ist bisher also nicht recht einzusehen, weshalb wegen der Kapitalentwicklung ein dritter Weg vorgeschlagen wird, zumal die bereits erwähnten jugoslawischen Erfahrungen mit der kollektiven Mitentscheidung eher eine Abnahme der Kapitalentwicklung als eine Zunahme ankündigen. Immerhin wäre es denkbar, daß in einer Volkswirtschaft mit kollektivem Unternehmenseigentum quantitativ ständig ein geringerer Prozentsatz des Reingewinnes als in einer Marktwirtschaft reinvestiert wird, es aber dennoch aufgrund der höheren Leistungsbereitschaft der kollektiven Eigentümer zu einer schnelleren Kapitalentwicklung kommt als in einer Volkswirtschaft mit Unternehmen mit privatem Eigentum. Dies könnte einmal auf eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmittel, zum anderen auf die höhere Qualität der neu hinzukommenden Produktionsmittel beruhen.

Empirische Erkenntnisse

Die jugoslawischen Erfahrungen lassen jedoch insgesamt nicht auf eine höhere, sondern eher auf eine schlechtere Qualität des Kapitalansatzes in selbstverwalteten Unternehmen schließen. Die dortigen Unternehmen sind in letzter Zeit bestrebt, mit westlichen Firmen zu kooperieren, um

⁷⁾ Vgl. J. K. Galbraith: Die moderne Industriegesellschaft München-Zürich 1968.

⁸⁾ Vgl. Ota Šik, a. a. O., S. 18.

von ihnen technische Neuerungen zu übernehmen. Über eine Umkehrung dieser Entwicklung ist bisher auch in Einzelfällen nichts bekannt geworden.

Offen bleibt die schwer zu beantwortende Frage, ob es in einer Volkswirtschaft mit kollektivem Unternehmenseigentum zu einer besseren Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmittel kommt. Es ist generell festgestellt worden, daß Unternehmen in bestimmten Situationen zu überraschend großen Steigerungen der Produktion pro Arbeitskraft fähig sind, sei es aufgrund von Beratungen oder sei es aufgrund von besonderen Anstrengungen, um einer Krise zu begegnen⁹⁾. Solche „Sprünge“ waren auch bei der Einführung besserer Leistungslohn-Systeme zu verzeichnen, und daher kann man auf latent vorhandene Potentiale zur Leistungssteigerung schließen. Es bleibt jedoch die Frage, ob die Ausnutzung die-

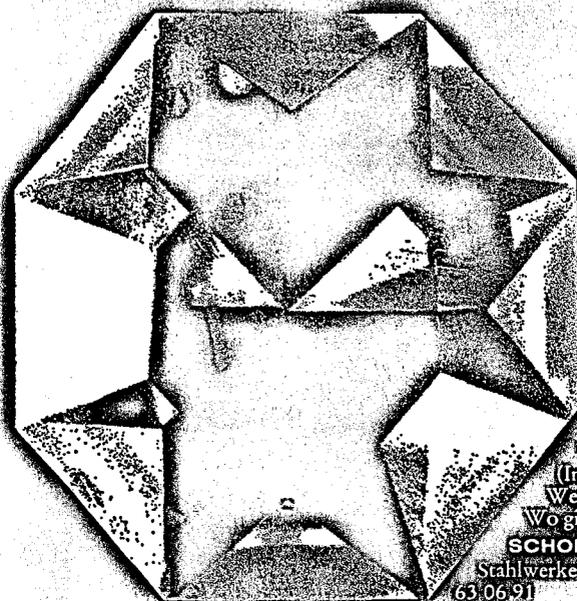
ser Möglichkeiten von selbstverwalteten Unternehmen eher erwartet werden darf als von kapitalistischen Unternehmen.

Den Schlüssel zur Antwort liefert Šik selbst mit dem Hinweis auf die Kompromißbereitschaft der Manager gegenüber den Arbeitern. Wenn sich die Arbeiter ebenso verhalten wie nach den Erfahrungen der westlichen Organisationsforscher¹⁰⁾, nämlich den von den Managern angeordneten Veränderungen und Reorganisationen des eingefahrenen Arbeitsablaufs einen gewissen Trägheitswiderstand entgegensetzen, dann dürfen keine besseren Ergebnisse erwartet werden. Denn die Manager, die in der Konzeption des dritten Weges von Arbeitern gewählt werden, dürften eher kompromißbereiter sein als ihre von den Arbeitern unabhängigen westlichen Kollegen. Sie werden sich daher weniger bemühen, den Trägheitswider-

⁹⁾ Vgl. Harvey Leibenstein: Allocative Efficiency vs „X-Efficiency“. In: American Economic Review, Vol. LVI, 1966.

¹⁰⁾ Vgl. H. Leibenstein: Organizational or Frictional Equilibria, X-Efficiency, and the Rate of Innovation. In: Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXXIII, Nov. 1969, S. 621.

Kein Edelstein.



Edelstahl. 

Kostbar, nicht kostspielig.
 Langlebig, nicht langweilig.
 Phönix-Edelstahl.
 Edelstahlhart, macht vieles leichter.
 Edelstahl von Schoeller-Bleckmann.
 Fortschritt aus Tradition.
 Führung durch Forschung.
 Schoeller-Bleckmann.
 Vom Fachmann genannt.
 (In der Welt bekannt).
 Weiter geht's immer weiter.
 Wo gibt's ein ungelöstes Edelstahlproblem?

SCHOELLER-BLECKMANN

Stahlwerke AG
 6306 91

SCHOELLER-BLECKMANN, Stahlwerke AG, Wien/Österreich

stand der Belegschaft zu überwinden. Dabei setzen wir voraus, daß sich in beiden Systemen die Fähigkeiten der Manager und die Leistungslohn-Systeme¹¹⁾ nicht wesentlich voneinander unterscheiden werden. Danach bleibt nur noch die Hoffnung auf einen geringeren Trägheitswiderstand bei der Konzeption des dritten Weges. Auch sie wird jedoch gedämpft, wenn man hört, daß die aktive Mitarbeit in der Selbstverwaltung, die ebenfalls die Überwindung eines persönlichen Trägheitsmomentes voraussetzt, sehr zu wünschen übrig läßt¹²⁾.

Theoretische Gegenargumente

Auch theoretische Erwägungen führen zu keinem günstigeren Ergebnis. Denn das Einkommen des Unternehmens (persönliche Einkommen zuzüglich Gewinne) hängt nicht nur vom produzierenden Arbeiter ab, sondern auch von verlässlichen Marktprognosen, der Wahl eines günstigen Sortiments, der Preisgestaltung, der richtigen Kostenkalkulation, vom optimalen Einkauf, von der Wahrnehmung günstiger Kredite, von der Arbeitsorganisation usw. Der Arbeiter sieht, daß er auf diesen Komplex von Entscheidungen nur einen mittelbaren und noch dazu verschwindend geringen Einfluß hat. Er möchte die Art der Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten im persönlichen Einkommen ausgedrückt finden. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß er von der kollektiven Verantwortung der Gesamtbelegschaft für die richtige Ausführung aller Aktivitäten des Kollektivs entlastet werden möchte.

Die Zurechnung von Gewinnen oder Verlusten auf einzelne Aktivitäten ist jedoch ebenso ein unlösbares Problem wie die Berechnung des Leistungsbeitrages einer einzelnen Person innerhalb dieses Aktivitätenkomplexes. Somit ist auch das Problem der Kontrolle des Leistungsbeitrages nur bei den wenigen Aktivitäten lösbar, die sich aus monotonen und sich ständig wiederholenden Verrichtungen zusammensetzen. Alle anderen Arbeiten entziehen sich der Kontrolle, was den betreffenden Arbeitnehmern bekannt ist. Ebenso wissen sie, daß es sich auf das Gesamteinkommen des Unternehmens nicht fühlbar auswirkt, wenn sie ihren Leistungsbeitrag auf das Notwendigste verringern. Sie werden also, wie Erfahrungen bestätigen, gegen das Leistungsprinzip handeln.

Eine Ausnahme hiervon bilden die dispositiven Entscheidungen mit erheblichen Auswirkungen, die normalerweise zwar von Spezialisten vorbe-

reitet, von einem kollektiven Leitungsorgan in gemeinsamer Verantwortung jedoch getroffen werden. Gerade diese Entscheidungen werden aber auch in kapitalistischen Unternehmen in gegenseitiger Kontrolle des Managements getroffen und nach ihrer Qualität durch eine Beteiligung am Gewinn honoriert — ebenso wie es z. B. bei der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung der Fall ist.

Öffnung dogmatischer Positionen

Bei einem zentralen Punkt der reformsozialistischen Konzeption, bei der Stimulierung der Kapitalentwicklung, kommen wir also zu dem Ergebnis, daß weder die jugoslawischen Erfahrungen noch die theoretischen Überlegungen eine verbesserte Kapitalentwicklung in einem Regime der Arbeiterselbstverwaltung und des Arbeitermitigentums erwarten lassen. Immerhin sind nunmehr durch die Überlegungen von Šik und Selucky Fragen der Motivation zum zentralen Gegenstand sozialistischer Überlegungen gemacht worden, sie sind also für sozialistische Theoretiker wenigstens nicht mehr wie bisher tabu. Wir halten dies für eine erfreuliche Öffnung dogmatischer Positionen.

Weitere Fragen wären allerdings noch zu diskutieren, und zwar insbesondere:

ob in einem System der Arbeiterselbstverwaltung leistungsgerechte Arbeitnehmereinkommen zu erwarten sind. Die jugoslawischen Erfahrungen hierüber sind negativ;

ob das Ausscheiden von Grenzbetrieben rasch genug erfolgt, um nicht unnötig Produktionsfaktoren in wenig ertragreichen Beschäftigungen zu binden. Dies ist in Jugoslawien bisher ein ungelöstes Problem;

ob für die Gründung neuer Unternehmen durch bereits tätige Firmen mit unmittelbarem know-how noch ein ausreichender Anreiz besteht, wenn die Kontrolle sofort an die neu eingestellte Belegschaft übergeht. In Jugoslawien wird diese Kontrolle bei solchen Neugründungen zumeist auf verschiedene Weise abgeschwächt oder umgangen;

ob schließlich nicht zu große Unterschiede zwischen den Arbeitnehmereinkommen in den Wachstumsindustrien und in der übrigen Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor das Regime zu einem unsozialen System werden lassen.

Alle diese Fragen sind von den Reformsozialisten ebensowenig durchdacht worden wie das Kernproblem der Kapitalentwicklung. Es ist also bisher wirklich nur ein Dogma, daß eine soziale Marktwirtschaft ohne Privateigentum am Produktivvermögen eine Verbesserung unserer gegenwärtigen Situation mit sich bringen würde.

¹¹⁾ Die jugoslawischen Unternehmen besitzen zwar das Recht, beliebige Leistungsanreiz-Systeme einzuführen und in ihren Statuten zu verankern. Davon ist jedoch bisher sehr wenig Gebrauch gemacht worden. Vgl. H. Roggemann: Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien, a. a. O., S. 175 f.

¹²⁾ Ebenda, S. 175.